

Bau- und Planungsausschuss

Protokoll Nr. BPA/17/2010

über die öffentliche Sitzung des
Bau- und Planungsausschusses am 17.11.2010,
Ahrensburg, Stormarnschule Museumsturnhalle, Waldstr. 14

Beginn der Sitzung : 19:00 Uhr
Ende der Sitzung : 21:32 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Jörg Hansen

Stadtverordnete

Herr Werner Bandick

Frau Carola Behr

Herr Thomas Bellizzi

Frau Doris Brandt

Herr Uwe Grassau

Herr Rolf Griesenberg

Frau Monja Löwer

Herr Hartmut Möller

beratendes Mitglied
i. V. f. StV Hengstler

i. V. f. StV Haase

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Dieter Heidenreich

Herr Siegfried Lorenz

Frau Karen Schmick

Herr Florian Stephani

Seniorenbeirat; bis 21:32 Uhr
bis 20:40 Uhr; TOP 8
Kinder- und Jugendbeirat; bis
21:32 Uhr

Sonstige, Gäste

Herr Stefan Luft

urbanus GmbH zu TOP 6

Verwaltung

Herr Michael Sarach

Herr Wilhelm Thiele

Herr Ulrich Kewersun

Frau Anette Kruse

Frau Stefanie Mellinger

Herr Maik Düffert

Frau Maren Uschkurat

ab 19:05 Uhr; TOP 1

Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Herr Rafael Haase

Frau Anna-Margarete Hengstler

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Festsetzung der Tagesordnung
2. Einwohnerfragestunde
3. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 15/2010 vom 27.10.2010
4. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 16/2010 vom 03.11.2010
5. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
6. Masterplan Verkehr/Ergebnis für das Tendszenario
7. Stadtbusverkehr **2010/130**
- Verlängerung der Linie 576 nach Wulfsdorf
8. Höhe der Parkgebühren **2010/096**
9. Unterhaltungsbedarf von Bauwerken
- a b g e s e t z t -
10. Vorschläge über Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts **2010/121**
11. Erlass der Haushaltssatzung 2011 für das Haushaltsjahr 2011 und Folgejahre **2010/127**
- 1. Entwurf des doppischen Haushalts mit Ergebnis - und Finanzhaushalt für 2011 und die Folgejahre 2012 bis 2014 -
12. Kenntnisnahmen
- 12.1 Aufstellung des neuen Flächennutzungsplanes
- 12.2 Beleuchtung in der Großen Straße
13. Verschiedenes
- 13.1. Geschwindigkeitsmessenanlagen im Mittelweg
- 13.2 Erhalt des Lindenhofparkplatzes
- 13.3 Sitzordnung während des Bau- und Planungsausschusses
- 13.4 Unterhaltung des Gehweges im Dänenweg
- 13.5 Sachstand B-Plan Nr. 91 A "Hansdorfer Straße"

- 13.6 Verkauf von Stellplätzen beim Ärztehaus "Am Alten Markt"
- 13.7 Fahrradstellplätze eines Einzelhandelsgeschäftes in der Hamburger Straße
- 13.8 Gemeinsame Sitzung des Bau- und Planungsausschusses und des Umweltausschusses
- 13.9 Weihnachtsessen des Bau- und Planungsausschusses

1. Festsetzung der Tagesordnung

Der Vorsitzende bezieht sich auf die bereits in der Einladung vom 03.11.2010 angekündigte Empfehlung, den Tagesordnungspunkt „Vorstellung von Einzelbauvorhaben“ sowie den neuen Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ in nicht öffentlicher Sitzung zu beraten, da überwiegende Belange des öffentlichen Wohls oder berechnigte Interessen Einzelner es erfordern. Ohne Aussprache wird anschließend über den entsprechenden Antrag des Vorsitzenden auf Ausschluss der Öffentlichkeit abgestimmt. Der Bau- und Planungsausschuss stimmt mit der gemäß § 46 Abs. 8 der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Ausschussmitglieder zu.

Auf Anregung der Verwaltung wird der neue Tagesordnungspunkt 5 „Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse“ eingefügt, wodurch sich die sonstigen Tagesordnungspunkte nach hinten verschieben.

Ferner soll der Tagesordnungspunkt „Unterhaltungsbedarf von Bauwerken“ auf die nächste Sitzung verschoben werden.

Abschließend regt die Verwaltung an, alle haushaltsrelevanten Tagesordnungspunkte vor der Haushaltsberatung zu behandeln.

Des Weiteren wird Einvernehmen darüber erzielt, die Tagesordnungspunkte 8 „Höhe der Parkgebühren“ und 11 „Erlass der Haushaltssatzung 2011“ zu behandeln, jedoch von einer Beschlussfassung abzusehen.

Keine weiteren Einwände. Mit den vorstehenden Anpassungen wird letztlich der gesamten Tagesordnung zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

2. Einwohnerfragestunde

Herr Ruprecht weist zunächst darauf hin, dass eine Förderung mit GFG-Mitteln nur noch bis 2013 möglich ist. Ferner fragt er bezüglich der Nordtangente nach, ob es Planungen über eine Standortverlegung von Famila gibt. Abschließend möchte er wissen, bis wann ein Planfeststellungsverfahren durchgeführt werden kann. Die Fragen werden im Tagesordnungspunkt 5 beantwortet.

Herr Werner weist erneut darauf hin, dass die Mittel für Lärmaktionsplanungen zum wiederholten Mal verschoben wurden. Nach erster Anfrage in der Stadtverordnetenversammlung vom 27.09.2010 bekam er im Antwortschreiben keine hinreichende Äußerung zu der erneuten Verschiebung der Mittel.

Des Weiteren fragt **Herr Kinne**, ob es Gespräche zwischen der Stadt und Famila gegeben hat, die die in den Medien präsentierte neue Variante der Nordtangente und den damit verbundenen Umzug von Famila zum Inhalt hatten. Da die Verwaltung sich nicht zu betrieblichen Angelegenheiten von Famila äußern darf, wird hierzu keine Antwort gegeben.

Herr Offen nimmt Bezug auf den „Erlenhof-Antrag“ und macht deutlich, dass die Planungshoheit nicht auf die Planer übergeht und folglich städtebauliche Änderungen durch die Selbstverwaltung noch vorgenommen werden können.

Herr Kupfer bittet darum, dass die Präsentation des TOP 5 „Masterplan Verkehr“ bzw. „Ergebnis für das Trendszenario“ von Herrn Luft auf der Ahrensburger Internetseite zeitnah veröffentlicht wird. Da es hierzu keine Bedenken gibt, wird eine Veröffentlichung auf der Homepage zugesagt.

Herr Haering bezieht sich auf sein Schreiben vom 17.11.2010 gemeinsam mit der Selbstverwaltung (**vgl. Anlage 1**) und trägt die Fragen dem Ausschuss vor. Die Verwaltung wird die Fragen schriftlich beantworten (**vgl. Anlage 2**).

Herr Hill bezieht sich auf ein Foto, auf dem das geplante Krankenhaus in der Hamburger Straße abgebildet ist. Er möchte wissen, ob das Gebäude tatsächlich 6 Geschosse haben wird. Wie die Verwaltung berichtet, entspricht die Abbildung nicht der Planung, da nur 5 Geschosse vorgesehen sind.

Herr Köpp spricht die Pflasterarbeiten in der Klaus-Groth-Straße vor dem CCA an. Er möchte wissen, weshalb zunächst alle Steine verlegt werden und erst anschließend die Fahrradständer montiert werden. Ferner bemängelt er die Unebenheiten in der Pflasterung und die kleinen Pflastersteine.

Die Verwaltung erläutert hierzu, dass es üblich ist, die Steine verbandskonform zu verlegen, da eine spätere Verlegung einzelner Steine zu Anpassungsproblemen führen kann. Bezüglich der kleinen Steine weist die Verwaltung darauf hin, dass größere Steine aufgrund des hohen Gewichts nicht geeignet sind. Abschließend macht sie noch darauf aufmerksam, dass sich die Klaus-Groth-Straße derzeit im Bauzustand befindet und die Unebenheiten noch vor Fertigstellung behoben werden.

Herr Stoldt stellt auch im Namen für Frau Spahr Fragen zum Bebauungsplan Nr. 91 A „Hansdorfer Straße“. Nachdem vor einiger Zeit ein Vermesser diverse Bäume in der Hansdorfer Straße vermessen hat, möchte Herr Stoldt wissen:

1. Welche Bäume wurden vermessen und wo kann man das Ergebnis erfahren?
2. Welche Amtsstelle/und von wem erfolgt die Beurteilung und Beschluss?

Des Weiteren bittet er um die Beantwortung einiger Fragen zur eingezeichneten Stichstraße:

1. Wie ist die Fahrbahnbreite der Stichstraße?
2. Kann und darf auf der Stichstraße geparkt werden?
3. Sind/oder werden für die Grundstücke Tiefgaragen und/oder ausreichend Stellplätze vorgeschrieben?
4. Sind die im Plan eingezeichneten Baufelder zwingend und fest vorgeschrieben?

Anmerkung der Verwaltung:

Vermessung des Baumbestandes im Bereich

1. *Für die Grundlagenermittlung im Zusammenhang mit der Erarbeitung des Bebauungsplanentwurfes für den Bereich der Hansdorfer Straße wurden die Bäume im Bereich der Grundstücke Hansdorfer Straße 4 bis 12 vermessen (Standort, Höhe, Stammdurchmesser, Bestimmung der Baumart). Im Entwurf des Bebauungsplanes sind diese Bäume entweder als Baumbestand oder aufgrund der angestrebten Bebauung als zukünftig wegfallend dargestellt.*
2. *Der Beschluss über den Bebauungsplanentwurf erfolgte durch den Bau- und Planungsausschuss sowie den Umweltausschuss.*

Stichstraße

1. *Die Breite der im Bebauungsplan dargestellten Straßenverkehrsfläche beträgt 5 m. Diese Breite gibt aber nicht die Ausbaubreite der Fahrbahn an.*
2. *Eine Festsetzung über mögliche Parkverbotszonen wird im Bebauungsplan nicht getroffen. Diese Entscheidung fällt im Rahmen der Erschließung und Bebauung der Grundstücke in Abstimmung mit dem FD Verkehrsaufsicht und dem FD Straßenwesen.*
3. *Für den Bereich ist keine Tiefgarage im Bebauungsplan festgesetzt. Im Zuge der Baugenehmigung wird die ausreichende Anzahl von Stellplätzen gemäß Landesbauordnung (LBO) geprüft.*
4. *Die in einem als Satzung beschlossenen Bebauungsplan dargestellten Baufelder sind festgeschrieben und geben in Kombination mit der GRZ, GFZ, der Geschossigkeit usw. das Maß der baulichen Nutzung an. Die in einem Entwurf dargestellten Baufelder können sich aufgrund von Anregungen aus der Öffentlichkeit und der beteiligten Behörden nach Abwägung der Einwände noch verändern.*

3. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 15/2010 vom 27.10.2010

Keine Einwände gegen das Protokoll, es gilt somit als genehmigt.

4. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 16/2010 vom 03.11.2010

Keine Einwände gegen das Protokoll, es gilt somit als genehmigt.

5. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Die in nicht öffentlicher Sitzung getroffenen Entscheidungen am 03.11.2010 betreffen den TOP „Vorstellung von Einzelbauvorhaben“, wobei genehmigt worden sind

- die Bauvoranfrage zum Grundstück **Hamburger Straße 25 – 27**, wobei Befreiungen erteilt worden sind zur Überschreitung der Baugrenze im Blockinnenbereich sowie zur Gestaltung im Eckbereich zum AOK-Knoten und in der 5. Ebene auf Basis der konkaven Variante (Anmerkung: Die in einem Artikel der örtlichen Presse zu entnehmende Baumasse entspricht allerdings nicht dem Beschluss!)

und

- die Bauvoranfrage zum Grundstück **Bei der Alten Kate 8 – 10**, wobei aufgrund des in Kuben aufgebauten Entwurfes 5 konkrete Befreiungen ausgesprochen wurden, die die Geschossflächenzahl, die Zahl der Vollgeschosse, die Überschreitung der Baugrenze, die Traufhöhe und die Dachform betreffen.

6. Masterplan Verkehr/Ergebnis für das Trendszenario

Einleitend geht Herr Luft auf den Stand des Verfahrens zum Masterplan Verkehr ein. Erst einmal soll das Trendszenario vorgestellt werden und zu einem späteren Zeitpunkt (vorrussichtlich 12. Januar) werden auch die Planfälle sowie deren Untervarianten vorgestellt. Bevor Herr Luft auf das Trendszenario eingeht, stellt er kurz den Projektablauf zum Masterplan Verkehr vor. Er geht kurz auf die einzelnen Schritte, die für einen Masterplan Verkehr notwendig sind, ein und gibt einen Ausblick, wie das Verfahren weitergehen soll.

Bevor er detailliert auf den Planfall „Trend“ (Referenzszenario) eingeht, erklärt er, dass das Trendszenario als Vergleichsbasis für Planfälle im Verkehrsmodell zugrunde gelegt wird. Er weist kurz darauf hin, dass für den Prognosezustand das Jahr 2025 gewählt wurde, da es sich hierbei um einen einigermaßen überschaubaren Zeitraum handelt, der auch in anderen Strukturbasisprognosen verwendet wird.

Für den Planfall „Trend“ wird unter anderem die Strukturdatenentwicklung von Ahrensburg und Umgebung zugrunde gelegt. Um die Einwohnerzahl in Ahrensburg für das Jahr 2025 festzulegen, wurde – ebenso wie im ISEK – die Variante 2, die von einer Einwohnerzahl in Höhe von 34.000 ausgeht, ausgewählt.

Eine weitere wichtige Grundlage für das Referenzszenario ist der demografische Wandel von Ahrensburg und der umliegenden Region. Hierzu wurde die Landesprognose des Kreises Stormarn an die Stadt Ahrensburg angepasst, da bereits heute der Anteil an Senioren in Ahrensburg über dem Kreisdurchschnitt liegt.

Auch die Entwicklung der Motorisierung ist für die Entwicklung des Verkehrs in Ahrensburg ausschlaggebend. Es wird mit einer Erhöhung des Pkw-Besatz von 9 % gerechnet. Es wird davon ausgegangen, dass im Jahr 2025 mehr Leute einen Pkw besitzen werden, diesen jedoch weniger als heute nutzen.

Für den Masterplan Verkehr ist insbesondere auch die Stadtentwicklung zu berücksichtigen. So muss beispielsweise berücksichtigt werden, welche größeren Stadtentwicklungsmaßnahmen bis 2025 durchgeführt werden, dies gilt auch für die Siedlungsentwicklung der Nachbargemeinden. So sind beispielsweise das Gebiet „Erlenhof“ sowie die Erweiterung von Beimoor-Süd bei der Berechnung hinzuzuziehen.

Nun geht Herr Luft auf die einzelnen Veränderungen, die sich bis zum Jahr 2025 für den Planfall „Trend“ entwickeln, ein. Zur Verdeutlichung der Verkehrsveränderung geht Herr Luft kurz auf den Differenzenplan, der die Unterschiede zwischen dem Status quo 2010 und dem „Trend“ 2025 darstellt, ein.

Abschließend weist Herr Luft darauf hin, dass es einen dringenden Handlungsbedarf für das Ahrensburger Verkehrsnetz gibt und dass ein integriertes Maßnahmenbündel aller Verkehrsträger sinnvoll erscheint.

In der anschließenden Diskussion wird insbesondere über den Verlauf einer möglichen Nordtangente gesprochen. Hierzu wird auch über den Antrag der WAB-Fraktion (**vgl. Anlage 2**) beraten.

Bevor über diesen Antrag abgestimmt wird, machen Herr Luft und die Verwaltung (**vgl. Anlage 3**) diesbezüglich einige Anmerkungen. So weist er darauf hin, dass man Famila nicht einfach weglassen könne und es dadurch zu Verschiebungen im Verkehrsaufkommen kommt.

Nach kurzer Diskussion, ob eine Berechnung der neuen Variante sinnvoll erscheint, wird über den Antrag abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

	4 dafür
	2 dagegen
	2 Enthaltungen

Der Antrag, die neue Variante der Nordtangente zu rechnen, ist somit angenommen.

7. **Stadtbusverkehr** **- Verlängerung der Linie 576 nach Wulfsdorf**

Die Verwaltung geht auf die wesentlichen Aspekte der Vorlage zum Stadtbusverkehr ein. Einleitend erläutert sie hierzu, dass im Ortsteil Wulfsdorf nur ein Schulbus verkehrt und der Ortsteil nicht an das Liniennetz angeschlossen ist. Die Schulbuslinie 769 verkehrt über die U-Bahnstation Ahrensburg West bis zum Wohngebiet Allmende, 2-mal morgens Richtung Schulen und 3-mal während der Mittagszeit zurück nach Wulfsdorf.

Zur weiteren Entwicklung des Ortsteils soll nun die Linie 576 verlängert werden. Durch die Entwicklung des Wohngebietes Wilde Rosen kommen neue potentielle Nutzer des öffentlichen Nahverkehrs hinzu. Da der Kreis Stormarn erst ab konstanter Nachfrage von 5 Personen pro Busverbindung das Grundangebot zur Verfügung stellt, ist von der Stadt Ahrensburg eine Anschubfinanzierung erforderlich.

Da ein 2-Stundentakt nicht geeignet erscheint, die Leute für den öffentlichen Nahverkehr zu gewinnen, wird vorgeschlagen, den Bus im Stundentakt von Montag bis Freitag in der Zeit von 06:00 bis 20:00 Uhr anzubieten. Die Kosten hierfür sind mit 37.000 € pro Jahr relativ gering, da kein neuer Bus eingesetzt werden muss, sondern nur die Wartezeit eines sowieso schon eingesetzten Busses verringert wird. Da die Umsetzung 2011 erst nach den Osterferien erfolgen soll, werden die Kosten in 2011 geringer ausfallen.

Durch die Verlängerung der Linie 576 wird das Stadtbuskonzept beibehalten und auch weiterhin das Rendezvous-System am ZOB ermöglicht.

Auf Nachfrage wird berichtet, dass eine optimalere Taktung, die den Umstieg in andere Linien, die schneller am Bahnhof sind, am U-Bahnhof Ahrensburg West vorsieht, im Jahr 2011 nicht möglich ist.

Abschließend wird über die Vorlage abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: **6 dafür**
2 Enthaltungen

Der Verlängerung der Linie 576 wird somit vorbehaltlich der Bereitstellung von Haushaltsmitteln zugestimmt.

8. Höhe der Parkgebühren

Die Verwaltung stellt die wesentlichen Punkte der Parkraumbewirtschaftung vor (**vgl. Anlage 1**). Seit Einführung der Parkraumbewirtschaftung im Jahre 1994 sind die Parkgebühren konstant geblieben. (Nach Wegfall diverser Parkplätze hat sich die Anzahl der zu bewirtschaftenden Parkplätze heute auf rd. 600 reduziert. Durch den Wegfall weiterer Parkplätze wird sich diese Anzahl zukünftig noch weiter reduzieren.) Wie dem Masterplan Verkehr zu entnehmen ist, sind in Ahrensburg genügend öffentlich zugängliche Stellplätze vorhanden (Stand 2009). Auch hat der Masterplan Verkehr aufgezeigt, dass Ahrensburg mit 69 % einen hohen Anteil an Kurzparkern hat, die weniger als 2 Stunden parken.

Bisher werden in der Stadt Ahrensburg einheitliche Gebühren für das Parken genommen, die Parkautomaten im Ahrensburger Stadtgebiet sehen keine so genannte „Brötchentaste“, dafür eine progressive Gebührenstruktur sowie eine maximale Parkdauer von 3 Stunden vor.

Durch eine Erhöhung der Parkgebühren kann es zu einer Verdrängung des ruhenden Verkehrs in die Anliegerstraßen sowie in andere Zentren kommen.

Bei Erhöhung der Parkgebühren entstehen durch die Umprogrammierung der Parkautomaten Kosten in Höhe von 3.500 €. Ferner sollte rechtzeitig eine Strategie überlegt werden, wie mit dem Unmut der Leute, der durch die Erhöhung entsteht, umgegangen werden soll.

Zusätzlich zu der von der Verwaltung vorgeschlagenen Variante der Parkgebührenerhöhung wird der Antrag der CDU-Fraktion bezüglich der Erhöhung der Parkgebühren diskutiert (**vgl. Anlage 2**). Hierzu wird gleich darauf hingewiesen, dass die Aufnahme des Parkplatzes Alte Reitbahn in die Parkraumbewirtschaftung derzeit nicht möglich ist.

Ein Ausschussmitglied bittet die Verwaltung darum, die Anzahl der Stellplätze im Jahr 2006, als die höchsten Einnahmen erzielt wurden, im Protokoll anzugeben.

Nach kurzer Diskussion kommt man überein, den Tagesordnungspunkt zu vertagen und nicht über den Beschlussvorschlag abzustimmen.

Anmerkung der Verwaltung:

Eine Benennung der tatsächlichen Anzahl der Stellplätze für das Jahr 2006 ist der Verwaltung nicht möglich. Sie weist jedoch darauf hin, dass seit 2006 5 große Parkplätze (Klaus-Groth-Straße, Kino 1 – 3, Stormarnplatz 2 und Neue Straße 2) mit einer hohen Anzahl an Stellplätzen weggefallen sind.

Die Verwaltung macht außerdem darauf aufmerksam, dass in der Vorlage unter Bemerkung versehentlich der Betrag in Höhe von 350.000 € genannt wurde. Richtig heißen muss es: „Im Haushaltsentwurf 2011 sind zunächst Einnahmen in Höhe von 320.000 € eingeplant.“

9. Unterhaltungsbedarf von Bauwerken

- a b g e s e t z t -

10. Vorschläge über Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts

Die Verwaltung geht auf die Vorlage bezüglich der Vorschläge über die Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts ein. So berichtet sie, dass zur energetischen Optimierung durch energiesparende Leuchtmittel bei der Straßenbeleuchtung und bei Lichtzeichenanlagen sowie die Reduzierung der nächtlichen Beleuchtung in Kürze eine Vorlage von der Verwaltung kommt.

Ferner berichtet sie, dass eine Überprüfung der freiwilligen Leistungen durchgeführt wurde, die Ergebnisse bereits den Finanzausschussmitgliedern übermittelt und anlassbezogen die Themen, wie z. B. die Laubsammlung, aufgegriffen wurden.

Über den Punkt „Erhöhung der Parkgebühren“ wurde eine Vorlage gefertigt und in der heutigen Sitzung dem Ausschuss vorgestellt.

Bezüglich der Erhöhung der Sondernutzungsgebühren wird dem Protokoll eine **Anlage** beigefügt. Dem Ausschuss wird hierzu ergänzend mitgeteilt, dass die Verwaltung im Frühjahr 2011 hierzu eine Vorlage erstellen wird.

11. Erlass der Haushaltssatzung 2011 für das Haushaltsjahr 2011 und Folgejahre

- 1. Entwurf des doppelten Haushalts mit Ergebnis - und Finanzhaushalt für 2011 und die Folgejahre 2012 bis 2014 -

Auf Nachfrage der Verwaltung, ob es Fragen zum Erlass der Haushaltssatzung 2011 für das Haushaltsjahr 2011 und Folgejahre gibt, weist ein Ausschussmitglied darauf hin, dass die meisten Fraktionen ihre Haushaltsberatung erst in den kommenden Tagen durchführen. Deshalb wird vorgeschlagen, den Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung wieder aufzugreifen und zu beschließen.

Um zu gewährleisten, dass – wie von der Selbstverwaltung angestrebt – der Erlass der Haushaltssatzung noch in diesem Jahr erfolgen kann, bittet die Verwaltung, Fragen zum Haushalt 2011 vorab an die Verwaltung zu stellen, damit diese nicht erst in der nächsten Sitzung geklärt werden müssen.

Abschließend bittet die Verwaltung darum, die von Herrn Werner angesprochenen Verschiebungen der Haushaltsmittel für Lärmaktionsplanungen bei den Haushaltsberatungen zu berücksichtigen und wenn möglich keine Verschiebung der Mittel in das Jahr 2012 vorzunehmen.

12. Kenntnisnahmen

12.1 Aufstellung des neuen Flächennutzungsplanes

Für die Auswahl eines Planungsbüros zur Aufstellung des neuen Flächennutzungsplanes (FNP) werden demnächst die Bewerbergespräche durchgeführt. Vier Planungsbüros wurden dazu eingeladen.

12.2 Beleuchtung in der Großen Straße

Die in der Großen Straße zwischen Woldenhorn/Bei der Doppeleiche und Lohe/Rathausstraße gewählte Beleuchtungsanlage ist Gegenstand eines Artikels in der Zeitschrift „Licht“ vom Oktober 2010, der diesem Protokoll beigelegt ist.

13. Verschiedenes

13.1 Geschwindigkeitsmessenanlagen im Mittelweg

Die Verwaltung wird gebeten, die Geschwindigkeitsmessenanlagen im Mittelweg instand zu setzen. Die Verwaltung sagt die Instandsetzung der Geschwindigkeitsmessenanlagen im Mittelweg zu mit dem Hinweis, dass dies möglicherweise an den Akkus liegt, die im vergangenen Winter Schäden genommen haben.

13.2 Erhalt des Lindenhofparkplatzes

Auf Nachfrage eines Ausschussmitgliedes, ob der Lindenhofparkplatz erhalten bleiben soll, wird dem Ausschuss mitgeteilt, dass derzeit der Lindenhofparkplatz in ein Gesamtkonzept integriert werden soll und es ggf. zu einer Bebauung des Grundstückes kommt.

13.3 Sitzordnung während des Bau- und Planungsausschusses

Ein Ausschussmitglied bemängelt, dass die eigentlichen Ausschussmitglieder in den letzten Sitzungen zu weit auseinander gesessen haben und bittet darum, dass künftig die Tische so gestellt werden, dass sich die Ausschussmitglieder besser miteinander kommunizieren können.

Anmerkung der Verwaltung:

Für künftige BPA-Sitzungen im Veranstaltungssaal der Museumsturnhalle der Stormarnschule wurde vonseiten der Verwaltung ein Möblierungsplan erarbeitet, der vorsieht, dass die Tische in einer leichten Runde aufgestellt werden und so die Kommunikation unter den eigentlichen Sitzungsteilnehmern verbessert wird.

13.4 Unterhaltung des Gehweges im Dänenweg

Ein Ausschussmitglied bezieht sich auf den östlichen Teil des Dänenweges im Abschnitt des dortigen Kreisverkehrs im Süden und das Einzelhandelsgeschäft.

Es berichtet, dass sich der Gehweg in einem schlechten Zustand befindet und bittet deshalb die Verwaltung, die desolate Oberfläche zu unterhalten.

13.5 Sachstand B-Plan Nr. 91 A "Hansdorfer Straße"

Ein Ausschussmitglied bittet die Verwaltung, den Sachstand zum B-Plan Nr. 91 A „Hansdorfer Straße“ kurz darzustellen. Insbesondere möchte er wissen, ob es richtig ist, dass 15 Bäume in dem Gebiet nach Abstimmung mit dem Vorhabenträger gefällt werden sollen. Ferner möchte er wissen, welche Baufelder Anlass für die Fällung der Bäume geben und wie sich deren Lage darstellt. Daraufhin wird ihm mitgeteilt, dass der Umweltbericht Teil der Vorlagen-Nr. 2010/088 war und diese Fragen im Bau- und Planungsausschuss während der Tagesordnung zu den B-Plänen Nr. 91 A und B angesprochen hätten werden können.

Ein weiteres Ausschussmitglied bittet darum, dass die Verwaltung die Zeitschiene zum B-Plan Nr. 91 A dem Protokoll beifügt.

Anmerkung der Verwaltung:

In den Ausschusssitzungen des BPA am 06.10.2010 und des Umweltausschusses am 10.11.2010 wurde der Beschluss über die Entwürfe der Bebauungspläne Nr. 91 A und Nr. 91 B gefasst. Anschließend werden nun die Offenlage sowie die Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange (TöB) durchgeführt. Während der Offenlage haben die Bürger die Möglichkeit, sich zu den Entwürfen zu äußern und Stellungnahmen abzugeben. Die mindestens 4-wöchige Offenlage wird voraussichtlich Mitte Dezember 2010 beginnen. Nach der Offenlage erfolgt die Abwägung aller abgegebenen Stellungnahmen, die wiederum dem BPA und dem UWA zur Abstimmung vorgelegt werden.

13.6 Verkauf von Stellplätzen beim Ärztehaus "Am Alten Markt"

Auf Nachfrage eines Ausschussmitgliedes bestätigt die Verwaltung, dass die Stellplätze des ehemaligen Ärztehauses Am Alten Markt zum Verkauf stehen. Dies hängt mit der angestrebten Umplanung des Gebietes zusammen, die Anfang des kommenden Jahres aufgegriffen wird.

13.7 Fahrradstellplätze eines Einzelhandelsgeschäftes in der Hamburger Straße

Ein Ausschussmitglied erinnert nochmals an die Überprüfung der Fahrradstellplätze eines Einzelhandelsgeschäftes in der Hamburger Straße.

Anmerkung der Verwaltung:

Gemäß Stellplatzerlass Schleswig-Holstein muss das Einzelhandelsgeschäft 7 Fahrradstellplätze errichten. Bei der Überprüfung durch einen Mitarbeiter der Bauaufsicht wurden 9 Fahrradstellplätze vorgefunden. Das Einzelhandelsgeschäft hat somit die rechtlichen Vorgaben erfüllt.

13.8 Gemeinsame Sitzung des Bau- und Planungsausschusses und des Umweltausschusses

Die Verwaltung teilt dem Ausschuss mit, dass am 01.12.2010 die gemeinsame Sitzung des Bau- und Planungs- und des Umweltausschusses im Rettungszentrum Am Weinberg stattfindet.

13.9 Weihnachtsessen des Bau- und Planungsausschusses

Das diesjährige Weihnachtsessen des Bau- und Planungsausschusses wird am 15.12.2010 ab 20:00 Uhr im Restaurant Strehl, Reeshoop 50, stattfinden.

Der Bau- und Planungsausschuss wird deshalb an diesem Tag in der Zeit von 18:00 bis 19:45 Uhr tagen.

gez. Jörg Hansen
Vorsitzender

gez. Maren Uschkurat
Protokollführerin